

Vorlesung

Rationale Theorie der Politik

Kurzbeschreibung:

Seit längerem gibt es - besonders gepflegt im angelsächsischen Sprachraum - drei theoretische Ansätze in der Politikwissenschaft, die den Anspruch erheben, politische Strukturen und Prozesse auf eine neuartige Weise zu analysieren und zu erklären:

1. Die Ökonomische Theorie der Demokratie,
2. Spieltheoretische Anwendungen in der Politikwissenschaft,
3. Die Logik kollektiver Entscheidungen.

Diese Ansätze stehen mehr oder minder unvermittelt nebeneinander. Die Vorlesung wird nicht nur einen kurzgefaßten Überblick über die genannten Ansätze geben, sondern auch den Versuch unternehmen, sie systematisch zu einer *Rationalen Theorie der Politik* zu verknüpfen.

Literatur:

Peter Bernholz und Friedrich Breyer, *Grundlagen der Politischen Ökonomie*, Bd. 2: *Ökonomische Theorie der Politik*, 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1994

Lucian Kern und Julian Nida-Rümelin, *Logik kollektiver Entscheidungen*, München-Wien: R. Oldenbourg Verlag 1994

Peter C. Ordeshook, *Game Theory and Political Theory*, Cambridge-London-New York: Cambridge University Press 1986

Rationale Theorie der Politik

Das Problem der systematischen Verknüpfung der genannten theoretischen Ansätze liegt nicht darin, daß diese untereinander nicht kompatibel wären (tatsächlich läßt sich zeigen, daß die Problemstellungen der Logik kollektiver Entscheidungen ohne weiteres in spieltheoretische Fragestellungen überführt werden können - und die Ökonomische Theorie der Demokratie ist dabei ein Spezialfall), sondern darin, daß sie auf unterschiedlichen Ebenen oder Dimensionen von Politik angesiedelt sind. Dabei ist zu unterscheiden:

- A. Die Ebene von *politics*, d.h. die Frage des Erwerbs, des Erhalts und der (geregelt) Ausübung politischer Macht,
- B. Die Ebene von *policy*, d.h. die Frage, welchen Zielsetzungen Politik dient,
- C. Die Ebene von *polity*, d.h. die Frage der Begründung der politischen Gemeinschaft und ihrer inneren Ordnung.

Auf jeder dieser Ebenen oder Dimensionen stellen sich bestimmte grundsätzliche Fragen, die jede ernstzunehmende Theorie der Politik beantworten muß. Sie sind nachfolgend tabellarisch erfaßt.

A. <i>Politics</i>	B. <i>Policy</i>	C. <i>Polity</i>
1. Frage: Wie erwirbt man - auf demokratische Weise - Macht?	1. Frage: Ist Rechtssicherheit und Schutz nach Außen garantiert?	1. Frage: Wie begründet sich die politische Gemeinschaft?
2. Frage: Wie erhält man sich die Macht?	2. Frage: Werden in ausreichendem Umfang öffentliche Güter bereitgestellt?	2. Frage: Wie verändern sich die Formen der politischen Gemeinschaft?

3. Frage:
Wie wird - in geregelter Form - Macht ausgeübt?

3. Frage:
Wird dem Ziel der Gerechtigkeit gedient?

3. Frage:
Welche Freiheit hat das Individuum in der Gemeinschaft?

Die weitere Linie der Argumentation in der Vorlesung wird einfach die sein, die Antworten der genannten theoretischen Ansätze auf diese Fragen nachzuzeichnen.

A. 1. Frage: Machterwerb

1. Antwort:

Durch erfolgreich bestandene Wahlen und Abstimmungen. Diese unterliegen in der Demokratie geregelten Entscheidungsverfahren. Das *Unmöglichkeitstheorem von Arrow* besagt nun, daß ein demokratisches Entscheidungsverfahren logisch unmöglich ist. Diskussion der Relevanz und praktischen Geltung des Theorems. Als Konsequenz jedenfalls ergibt sich die

2. Antwort:

Durch erfolgreich manipulierte Abstimmungen und Wahlen. Das ist Folge des *Resultats von Gibbard und Satterthwaite*, wonach es kein nicht-diktatorisches, eindeutiges Entscheidungsverfahren gibt, das verfälschungsfrei wäre. Soll die Möglichkeit des *strategic voting*, der Manipulation von Abstimmungsergebnissen also, ausgeschaltet sein, führt das zur

3. Antwort:

Durch Erfolg bei Wahlen und Abstimmungen, wenn bestimmte Einschränkungen der individuellen Präferenzäußerungen vorgegeben sind (eingipflige bzw. eindimensionale Präferenzen, die zum *Medianwählerresultat* führen). Das wiederum resultiert in einer spezifischen *Parteiendynamik* (zentrale These der Ökonomischen Theorie der Demokratie).

A. 2. Frage: Machterhalt

1. Antwort:

Durch siegreich bestandene Konflikte. Reine Konflikte werden in der Spieltheorie als *Nullsummen-Spiele* wiedergegeben. Auch dabei stellen sich Probleme (Bsp. der *Schlacht bei Avranches*). Eine andere Möglichkeit ist die Darstellung von Konflikt als ein *dynamisches Nichtnullsummenpiel* (Bsp. des *Handelsketten-Paradoxes* von Selten). Zu beachten sind darüber hinaus die Probleme der Konfliktfolgen: Bewältigung der Verluste, Wiederaufbau, Reparationen, Ahndung von Kriegsverbrechen.

2. Antwort:

Durch Erfolg in politischen Interaktionssituationen, in denen zugleich Kooperation *und* Konflikt, übereinstimmendes *und* entgegengerichtetes Interesse vorliegt. Das wird in der *Theorie nicht-kooperativer Spiele* in paradigmatischer Form in Spielen wie dem *chicken* oder dem *battle of the sexes* thematisiert.

Politische Interaktionssituationen dieser Art können auch Verhandlungskonstellationen sein (und sind es oft). Dabei spielen die Konzepte der Verhandlungsmacht (*Drohpotential*) und des *Vertrauens* in den Verhandlungspartner eine zentrale Rolle.

Die Notwendigkeit von Verhandlungen entsteht aber auch im nachfolgenden Fall von Kooperation, weil es dabei um die Aushandlung der Verteilung des Kooperationsgewinns gehen kann.

3. Antwort:

Durch Kooperation. Kooperatives Verhalten ist in der Regel besser geeignet, zum Machterhalt beizutragen, wie Konfliktverhalten, weil Kooperation für die Beteiligten immer einen Gewinn abwirft, Konflikt hingegen für die meisten Beteiligten einen Verlust. Der Gewinn aus Kooperation wird - politisch gesehen - in Koalitionen und Allianzen realisiert. Die *Theorie kooperativer Spiele* analysiert in Bezug darauf die Frage der Stabilität von Koalitionen und das Problem der Aufteilung des Kooperationsgewinns.

Andererseits gibt es nicht-kooperative Spiele, wie das *Gefangenen-Dilemma*, die zeigen, daß die Beteiligten sich in vielen Fällen mit Kooperation besser stellen würden, diese aber aufgrund der Auszahlungsstruktur des Spiels nicht erreichen können.

Des Weiteren stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage der Herausbildung und Aufrechterhaltung von Machtgleichgewichten, die ebenfalls mit Hilfe der *Theorie kooperativer Spiele* analysiert werden kann.

A. 3. Frage: Machtausübung

1. Antwort:

Durch Herausbildung eines Systems organisierter Gruppen im politischen Raum (Parteien, Verbände, Interessengruppen). Es läßt sich unter Zugrundelegung des schon genannten *Gefangenen-Dilemmas* zeigen, daß solche Gruppen auf freiwilliger Basis nicht entstehen würden. Wie Olson in seiner *Logik kollektiven Handelns* zeigt, bedarf es dazu selektiver Anreize für die Kooperation und/oder negativer Sanktionierung der Nicht-Kooperation. Erst dann werden sich solche Vereinigungen bilden.

Olson entwickelt auf der Grundlage dieser Überlegung und unter Hinzuziehung der Marktformen des Monopols, des Oligopols und des (atomistischen) Wettbewerbs eine entsprechende Typologie organisierter Gruppen.

2. Antwort:

Durch die Entstehung von Institutionen. Hier ist zwischen zwei Bedeutungen des Begriffs zu unterscheiden. Institutionen können - in juristischer oder ökonomischer Diktion - Regeln, Normen oder Konventionen sein (z.B. die Institution der Ehe oder des Marktes). Dieser Begriff von Institution wird unter B. *Policy* (1. Frage) behandelt. In soziologischer oder politikwissenschaftlich Betrachtungsweise sind Institutionen soziale Organisationen mit dem Recht auf Entscheidung über verbindliche Regelungen in ihrem jeweiligen Bereich. Sie dienen damit unmittelbar der staatlichen Herrschaftsausübung. Es wird zwischen Legislative, Exekutive und Judikative unterschieden. Im Rahmen der Exekutive können insbesondere Bürokratien eigene Zielsetzungen ausbilden, die sich z.B. auf ihre weitere Existenz und Vergrö-

Berung beziehen. Das wird in der *Ökonomie der Bürokratie* thematisiert.

3. Antwort:

Durch die Entstehung von Hierarchien. Diese ergeben sich, weil freiwillige Zusammenarbeit bei der Produktion privater oder öffentlicher Güter am Effekt des *Gefangenen-Dilemmas* scheitert bzw. nicht optimal ist. Hierarchische Beziehungen sind daher neben dem Austausch am Markt und Abstimmungsprozessen in der Politik ein dritter wichtiger Mechanismus zur Herbeiführung kollektiver Entscheidungen. Dabei gibt es jedoch wieder Probleme, die in der Literatur als *'Principal-Agent'*-Probleme bekannt sind (*moralisches Risiko* und *negative Auslese*) und die auf asymmetrisch verteilte Information zurückzuführen sind.

B. 1. Frage: Rechtssicherheit und Schutz nach Außen

1. Antwort:

Durch die vertragstheoretische Begründung staatlicher Sanktionsgewalt. Da diese integraler Bestandteil der rationalen Begründung des Staates in der klassischen Vertragstheorie ist, wird sie weiter unten behandelt (s. C. *Polity*, 1. Frage). Die Gewährung von Rechtssicherheit und Schutz nach Außen wird im Rahmen dieser Begründung als ursprünglicher und einziger Staatszweck angesehen (*protektiver Staat*).

2. Antwort:

Durch die Entstehung und Entwicklung von Regeln und Normen. Nach Ullmann-Margalit und Schotter entstehen derartige Regeln und Normen als Realisierungen von Gleichgewichtslösungen bestimmter grundlegender und wiederkehrender Probleme in der Gesellschaft. Grundlegend sind dabei Probleme der Koordination, Probleme der Kooperation und Probleme der Ungleichheit. Dementsprechend gibt es Koordinationsregeln (wie z.B. Verkehrsregeln), Regeln zur Herbeiführung von sozialer Kooperation (meist durch Sanktionen und Anreize oder sogenannte *nachfrageaufdeckende Verfahren*) sowie Veränderungen ungleichheitsstützender Regelungen (etwa der Eigentumsrechte).

3. Antwort:

Durch Aufbau eines Rechtssystems mit effektiver Rechtsdurchsetzung sowie ausreichender Verteidigungstreitkräfte. Schutz nach Innen und Außen sind 'klassische' *öffentliche Güter*. Da der Marktmechanismus nicht in der Lage ist, sie bereitzustellen, müssen sie *kollektiv* produziert werden. Diskussion der dabei entstehenden Probleme (Sanktionsproblematik, Anreizproblematik) im Zusammenhang der nächsten Frage. Hier nur die spezifischen Probleme der Veränderungen der Bedeutung dieser Güter und des Sicherheitsdilemmas.

(Fortsetzung der Vorlesungsübersicht: *Rationale Theorie der Politik*)

B. 2. Frage: Öffentliche Güter

1. Antwort:

Durch Sanktionen. Wie schon erörtert (unter A.: 3. Frage/1. u. 3. Antwort sowie unter B.: 1. Frage/1. u. 3. Antwort), ist der Marktmechanismus nicht in der Lage, in ausreichendem Umfang *öffentliche Güter* bereitzustellen (oder *öffentliche Übel* zu verhindern). Auch die Finanzierung der Bereitstellung *öffentlicher Güter* bzw. der Verhinderung *öffentlicher Übel* scheitert am *Gefangenen-Dilemma* bzw. bleibt suboptimal.

Die Lösung des Problems scheint demnach an einer 'Lösung' des *Gefangenen-Dilemmas* zu hängen. Eine solche ist möglich, wenn das *Gefangenen-Dilemma* in ein anderes Spiel umgewandelt wird, in dem die kooperative Strategie zur dominanten Strategie wird. Das ist der Fall, wenn die (bislang) dominante Strategie mit einer Sanktion (Strafe, Zahlung, soziale Nicht-Anerkennung o.ä.) belegt wird.

Das Problem dabei ist die 'Dosierung' der Sanktion. Wie sich leicht zeigen läßt, muß eine bestimmte 'Mindestgröße' der Sanktion gegeben sein, damit diese die kooperative in eine dominante Strategie umwandelt. Verfehlt ist jedoch - aus anderen Gründen - auch eine 'Überdosierung' der Sanktion.

Gelingt das entsprechende Argument, das eine ausreichende Bereitstellung *öffentlicher Güter* (oder Verhinderung *öffentlicher Übel*)

sichert, so ist damit zugleich eine rationale Begründung des *produktiven* Staates geliefert.

2. Antwort:

Durch Anreize. Eine andere 'Lösung' des *Gefangenen-Dilemmas* besteht darin, nicht die Verwendung der dominanten (nicht-kooperativen) Strategie zu bestrafen, sondern die Verwendung der kooperativen (nicht-dominanten) Strategie zu belohnen.

Wie bei den Sanktionen liegt auch bei den Anreizen das Problem darin, die richtige 'Dosierung' zu finden: Zu geringe Belohnungen bewirken nichts, zu hohe Belohnungen bewirken zwar etwas (verwandeln die nicht-dominante Strategie in eine dominante Strategie), werfen aber zusätzliche Kosten für die 'gemeinschaftliche Kasse' auf.

3. Antwort:

Durch *nachfrageaufdeckende* Verfahren. Der Effekt des *Gefangenen-Dilemmas* bei der Bereitstellung öffentlicher Güter wirkt sich zugleich dahingehend aus, daß keine Zahlungsbereitschaft besteht bzw. daß bei entsprechender Aufforderung nicht die wahren Präferenzen angegeben werden.

Man kann dann Verfahren anwenden, durch die es den Beteiligten zum Vorteil gereicht, ihre wahren Präferenzen für öffentliche Güter zu äußern (präferenz- oder *nachfrageaufdeckende* Verfahren). Bekannt unter diesen sind die *Clarke-Steuer* und der *Groves-Ledyard-Mechanismus*. Diese Verfahren haben aber ihrerseits wieder Nachteile, so daß sie in vielen Fällen nicht praktikabel sind. Der Staat muß dann zur Finanzierung öffentlicher Güter auf die bekannten Sanktionen und Anreize zurückgreifen (z. B. die Besteuerung).

B. 3. Frage: Verteilungsgerechtigkeit

1. Antwort:

Durch ein *utilitaristisches* Prinzip. Moderne Wohlfahrtsstaaten verfolgen als ein weiteres Ziel die Herbeiführung möglichst weitgehender Verteilungsgerechtigkeit. Dabei stehen sich im wesentlichen zwei

unterschiedliche Konzeptionen von Gerechtigkeit gegenüber (die *utilitaristische* und die *Rawlssche*), die aber beide entscheidungslogisch axiomatisiert bzw. spieltheoretisch rekonstruiert werden können. (Hinzu kommt eine weitere Konzeption, die der *Fairness*, bei der jedoch im Hinblick auf die praktische Umsetzung Zweifel angebracht sind, sowie eine Vorstellung 'sozialistischer' Gerechtigkeit.)

Das *utilitaristische* Prinzip fordert die Erhöhung der Summe der individuellen Nutzen bzw. des individuellen Durchschnittsnutzens. Es ist damit eher ein Prinzip der Verteilungseffizienz als der Verteilungsgerechtigkeit, weil es zur Verteilung des hinzugewonnenen Nutzens keine Aussagen macht.

Des Weiteren wird von der Kritik gegen das *utilitaristische* Prinzip eingewandt, daß es *konsequentialistisch* und *welfaristisch* sei (d.h. es beurteilt den Wert sozialer oder ökonomischer Zustände ausschließlich nach den *Konsequenzen* für die Individuen und dies auch nur soweit wie sie sich auf die individuellen Nutzen bzw. die individuelle *Wohlfahrt* - ausgedrückt in einem Zahlenwert - auswirken).

Der Vorschlag des *Regelutilitarismus* versucht, eine Antwort auf diese Einwände zu geben, kann jedoch letztlich auch nicht überzeugen, weil er ebenfalls dem Problem des *trade-offs* zwischen Effizienz und bestimmten grundsätzlich wichtigen Individualrechten (Menschenwürde, Meinungsfreiheit, weitere Freiheitsrechte) ausgesetzt ist.

2. Antwort:

Durch das (*Rawlssche*) *Differenz-* oder *Maximin-*Prinzip. Diesem Prinzip zufolge ist das individuelle Wohlfahrts- oder Nutzenminimum zu maximieren bzw. in der Diktion von Rawls: Es müssen soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten so beschaffen sein, daß sie den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen (*Differenzprinzip*).

Auch gegenüber dem *Maximin-Prinzip* kann - zumindest für einige seiner entscheidungslogischen Rekonstruktionen, z.B. durch d'Aspremont und Gevers - der Einwand des *Konsequentialismus* und *Welfarismus* erhoben werden. Neuere spieltheoretische Rekonstruktionen versuchen, dieser Kritik zu begegnen.

Das *Differenz-* oder *Maximin-Prinzip* ist aber nicht dem Vorwurf des erwähnten *trade-offs* zwischen Effizienz und Freiheitsrechten ausgesetzt, da Rawls als gesondertes (und lexikographisch vorgelagertes)

Prinzip den Grundsatz formuliert hatte, daß jedermann ein gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten zustehe, das für alle möglich sei.

3. Antwort:

Durch *Fairness*-Prinzipien. Das *Maximin*-Prinzip und seine lexikographische Erweiterung haben den Nachteil, daß sie andere als die am schlechtesten gestellten Personen benachteiligen können. Lassen sich Prinzipien finden, die die Grundidee des *Maximin*-Prinzips bewahren, aber solche Benachteiligungen vermeiden?

Das ist - prinzipiell wenigstens - möglich, wenn man den Gedanken der Symmetrie bei den Allokationen aufnimmt. Ein faires Prinzip würde demnach Güter oder Einkommen so verteilen, daß keiner dem anderen sein Güter- und/oder Einkommensbündel *neidet* und die entsprechende Allokation zugleich *pareto-effizient* wäre (*faire* Allokationen).

Ökonomen würden nun fragen, ob es solche Allokationen überhaupt geben kann. Das ist aber der Fall: Man kann zeigen, daß sich bei gleicher Anfangsausstattung der Beteiligten im Marktgleichgewicht *faire* Allokationen ergeben. Dann lassen sich auch für den Fall von Produktion *faire* Allokationen ableiten, die jedoch so erheblichen Restriktionen unterliegen, daß sie kaum realisierbar erscheinen. Insofern markiert das Konzept der *Fairness* die Grenze dessen, was im Sinne sozialer Gerechtigkeit realistischerweise erreichbar ist.

4. Antwort:

Durch 'sozialistische' Gerechtigkeit. Neben den Vorstellungen *utilitaristischer* und der *Maximin*-Gerechtigkeit sowie der *Fairness* gibt es noch einen Begriff 'sozialistischer' Gerechtigkeit, auch wenn dieser eher negativ bestimmt ist durch die Abwesenheit von Ausbeutung und Entfremdung.

In diesem Zusammenhang hat Roemer eine spieltheoretische Präzisierung und Verallgemeinerung des Begriffs der Ausbeutung vorgelegt, indem er zeigte, daß der *Kern* eines kooperativen Spiels die nicht-ausbeutenden Allokationen umfaßt, so daß ausbeutende Allokationen jene Imputationen sind, die nicht im *Kern* liegen.

Durch nähere Spezifizierung kann auf dieser Grundlage die Unterscheidung zwischen *feudaler*, *kapitalistischer* und *sozialistischer* Aus-

beutung entwickelt werden, wobei auffällt, daß beim Übergang zu sozialistischer Ausbeutung - d.h. deren Vermeidung - ähnliche Probleme der Realisierung auftreten wie bei den *Fairness*-Prinzipien.

C. Polity

(Nicht mehr behandelt, bis auf:)

3. Das Problem individueller Entscheidungsfreiheit

Im *Liberalen Paradox* wird gezeigt, daß es keine Kollektive Entscheidungsfunktion gibt, die zugleich die Pareto-Bedingung und eine Bedingung der *Liberalität* (Einräumung von Entscheidungsrechten) erfüllt. Damit ist in der Logik kollektiver Entscheidungen der Konflikt zwischen den Ansprüchen der Gesellschaft oder Gruppe und der individuellen Entscheidungsfreiheit thematisiert.

Das Problem kann in ein Spiel umgeformt werden, das in einem Sinne eine Ähnlichkeit mit dem Gefangenen-Dilemma aufweist: auch hier wird das Gleichgewicht (in dominanten Strategien) durch ein anderes Auszahlungspaar pareto-dominiert. Im Unterschied zum Gefangenen-Dilemma aber resultiert das Gleichgewicht und das pareto-dominierende Auszahlungspaar nicht aus übereinstimmender, sondern aus *nicht* übereinstimmender Strategiewahl. Diskussion möglicher Lösungen des Problems.

Geschwister-Scholl-Institut
Wintersemester 1995/96
Lucian Kern

Vorlesung

Rationale Theorie der Politik

Literaturhinweise

A. Politics

Das Theorem von Arrow, das Resultat von Gibbard und Satterthwaite und andere Ergebnisse der Logik kollektiver Entscheidungen werden erörtert in:

Lucian Kern und Julian Nida-Rümelin, *Logik kollektiver Entscheidungen*, München: R. Oldenbourg 1994

Eine weniger stark formalisierte Darstellung ist zu finden in:

Peter Bernholz u. Friedrich Breyer, *Grundlagen der Politischen Ökonomie*, Bd. 2: *Ökonomische Theorie der Politik*, 3. Aufl., Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1994, Kap. 10-13

Zwei ausgezeichnete englischsprachige Einführungen in die Logik kollektiver Entscheidungen geben:

John Craven, *Social Choice*, Cambridge: Cambridge University Press 1992

Jerry S. Kelly, *Social Choice Theory. An Introduction*, Berlin-Heidelberg-New York: Springer 1988

Das Medianwähler-Resultat und die zentralen Punkte der Ökonomischen Theorie der Demokratie werden entwickelt in:

Kern/Nida-Rümelin (1994), Kap. 7, und Bernholz/Breyer (1994), Kap. 14

Der 'klassische' Text zur Ökonomischen Theorie der Demokratie ist:

Anthony Downs, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1968

Eine Darstellung von Nullsummen-Spielen (reiner Konflikt) findet sich in so gut wie jedem Lehrbuch zur Spieltheorie. Ein empfehlenswerter Text auf dem deutschen Markt ist:

Manfred J. Holler und Gerhard Illing, *Einführung in die Spieltheorie*, 2. Aufl., Berlin-Heidelberg-New York: Springer 1993

Holler/Illing sind mathematisch und ökonomisch allerdings recht anspruchsvoll und setzen Grundkenntnisse ökonomischer und spieltheoretischer Konzepte eigentlich schon voraus. Besser geeignet für den, der sich in Spieltheorie einarbeiten will, ist die folgende Übersetzung aus dem Amerikanischen:

Avinash K. Dixit und Barry J. Nalebuff, *Spieltheorie für Einsteiger*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel 1995

Im folgenden sind drei deutschsprachige Arbeiten aufgeführt, die sich unter verschiedenen Aspekten (Voss eher soziologisch, Schüßler eher dynamisch und evolutionstheoretisch, Axelrod eher von einem experimentellen Ansatz her) mit dem liebsten Spiel der Spieltheoretiker, dem Gefangenen-Dilemma, befassen:

Robert Axelrod, *Die Evolution der Kooperation*, München: R. Oldenbourg 1987

Rudolf Schüßler, *Kooperation unter Egoisten: vier Dilemmata*, München: R. Oldenbourg 1990

Thomas Voss, *Rationale Akteure und soziale Institutionen*, München: R. Oldenbourg 1985

Ich erwähne noch vier amerikanische Lehrtexte jüngeren Datums, weil sie didaktisch hervorragend aufgebaut sind, auch wenn sie eine starke formale und theoretische Orientierung aufweisen:

Ken Binmore, *Fun and Games. A Text on Game Theory*, Lexington, Mass.: D. C. Heath & Co. 1992

(Entgegen dem Titel wenig *fun*, aber viel *games*, d.h. ein Lehrtext, der gründlich durchgearbeitet sein will, dafür aber eingehende Erörterungen aller relevanten spieltheoretischen Konzepte bietet; viele Übungsaufgaben)

Eric Rasmusen, *Games and Information. An Introduction to Game Theory*, 2nd Edition, Oxford: Basil Blackwell 1994

(Mittlerweile in der 2. Auflage, ähnlich gründlich wie Binmore, jedoch mit etwas anderen Schwerpunkten, z.B. mehrere Kapitel über Spiele mit asymmetrischer Information, und eher ökonomisch orientiert)

Shaun P. Hargreaves Heap und Yanis Varoufakis, *Game Theory. A Critical Introduction*, London-New York: Routledge 1995

(Der neueste Lehrtext, den ich gefunden habe: behandelt schwerpunktmäßig eher das, was gerade in der Diskussion ist; interessant wegen seiner vielen 'Ausflüge' in sozialwissenschaftliche Gefilde und weil er auch scheinbar selbstverständliche Annahmen der Spieltheorie kritisch beleuchtet)

Drew Fudenberg und Jean Tirole, *Game Theory*, Cambridge, Mass.: MIT Press 1991

(Das dürfte der autoritative Lehrtext der 90er Jahre werden; schwergewichtig in jeder Beziehung: ein Wälzer von fast 580 Seiten, gründliche Erörterung aller Spieltypen mit ihren Problemen und Lösungen - allerdings fehlen Kooperative Spiele; wie nicht anders zu erwarten: starker formaler Apparat, der aber klug aufgebaut wird; im Ganzen eher ein Text für Kenner - hat man ihn durchgearbeitet, darf man sich in der Spieltheorie an der Forschungsfront fühlen)

Den Bezug der Spieltheorie zur Politischen Theorie sowie spieltheoretische Anwendungen in der Politik thematisieren:

Peter C. Ordeshook, *Game Theory and Political Theory. An Introduction*, Cambridge: Cambridge University Press 1986

James D. Morrow, *Game Theory for Political Scientists*, Princeton, N. J.: Princeton University Press 1994

Konflikt wurde in der Vorlesung zunächst als Nullsummen-Spiel dargestellt, dann aber auch als dynamisches Nicht-Nullsummen-Spiel. Das diesbezügliche Beispiel der Anwendung des Handelsketten-Paradoxes von Selten auf den Krieg in Tschetschenien wird in einem demnächst erscheinenden Artikel thematisiert:

Lucian Kern, Selten und die Separatisten, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Bd. 6, 1996 (wahrscheinlich in Heft 2/96)

Politische Interaktionssituationen, in denen zugleich Kooperation und Konflikt vorliegt, oder Verhandlungssituationen werden als Nicht-kooperative Nicht-Nullsummen-Spiele oder Verhandlungsspiele modelliert. Ausführungen dazu finden sich in nahezu jedem der oben genannten Bände.

Der Fall von Kooperation wird mittels Kooperativer Spiele konzipiert (in der Vorlesung nicht behandelt). Einschlägig dafür sind:

R. Duncan Luce und Howard Raiffa, *Games and Decisions. Introduction and Critical Survey*, New York-London: John Wiley & Sons 1957, Kap. 8 und 9

Martin Shubik, *Game Theory in the Social Sciences*, Cambridge, Mass.: MIT Press 1983, Kap. 6 und 7

Eine interessante Anwendung der Theorie kooperativer Spiele zur Analyse von Machtgleichgewichten in der internationalen Politik (in der Vorlesung nicht behandelt) bieten:

Emerson M. S. Niou, Peter C. Ordeshook und Gregory F. Rose, *The Balance of Power*, Cambridge: Cambridge University Press 1983

Das Gefangenendilemma ist ein nicht-kooperatives Spiel, das zeigt, daß sich die Beteiligten mit Kooperation besser stellen könnten, diese aber aufgrund der Auszahlungsstruktur des Spiels nicht erreichen können. Das Spiel hat daher große grundsätzliche Bedeutung und wird in jedem der oben genannten Texte ausführlich erörtert. Ich nenne:

Kern/Nida-Rümelin (1994), Kap. 10, und Ordeshook (1986), Kap. 5 und 7,

weil bei diesen Autoren soziale und politische Anwendungsfälle diskutiert und der Bezug zur Bereitstellung öffentlicher Güter hergestellt wird.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Gefangenen-Dilemma steht die Herausbildung eines Systems organisierter Gruppen im politischen Raum. Der einschlägige Text dazu ist:

Mancur Olson, Jr., *Die Logik des kollektiven Handelns*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1968

Eine gute Darstellung der diesbezüglichen Problematik ebenso wie der ökonomischen Theorie der Bürokratie (in der Vorlesung nicht behandelt) findet sich in:

Bernholz/Breyer (1994), Kap. 15 und 16

Die Entstehung von Hierarchien erklärt man sich in der neueren spieltheoretischen Literatur als eine Möglichkeit der Lösung von *principal-agent*-Problemen, die als Spiele mit asymmetrischer Information modelliert werden. Dazu ist einschlägig:

Gerry J. Miller and Terry M. Moe, *The Positive Theory of Hierarchies*, in: Herbert F. Weisberg, Hrsg., *Political Science: The Science of Politics*, New York: Agathon Press 1986, S. 167-198

Rasmusen (1994), Kap. 7 bis 10

B. Policy

Rechtssicherheit und Schutz nach Außen wird gesichert durch die staatliche Sanktionsgewalt, die ihrerseits vertragstheoretisch begründet wird. Eine solche Begründung ist integraler Bestandteil der rationalen Begründung des Staates in der klassischen Vertragstheorie, die in der neueren vertragstheoretischen Diskussion wieder aufgenommen wurde. Als wichtige Beiträge dazu sind zu nennen:

Gregory S. Kavka, *Hobbesian Moral and Political Theory*, Princeton, N.J.: Princeton University Press 1986

James M. Buchanan, *The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan*, Chicago-London: University of Chicago Press 1975; dt. unter dem Titel: *Die Grenzen der Freiheit*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1984

Robert Nozick, *Anarchy, State, and Utopia*, New York: Basic Books 1974

Peter Koller, *Neuere Theorien des Sozialkontrakts*, Berlin: Duncker & Humblot 1987

Die Entstehung und Entwicklung von Regeln und Normen (auch zu begreifen als 'soziale Institutionen') thematisieren:

Edna Ullmann-Margalit, *The Emergence of Norms*, Oxford: Clarendon Press 1977

Andrew Schotter, *The Economic Theory of Social Institutions*, Cambridge: Cambridge University Press 1981

Geoffrey Brennan und James M. Buchanan, *The Reason of Rules. Constitutional Political Economy*, Cambridge: Cambridge University Press 1985

Das Problem der ausreichenden Bereitstellung öffentlicher Güter hängt seinerseits an einer 'Lösung' des Gefangenen-Dilemmas, für die es verschiedene Vorschläge gibt, die sich kategorisieren lassen als: Sanktionen, Anreize und nachfrage-aufdeckende Verfahren. Die ökonomische Literatur dazu ist beeindruckend. Ich nenne - pars pro toto - nur zwei Quellen:

Hal R. Varian, *Grundzüge der Mikroökonomik*, 3. Aufl., München-Wien: R. Oldenbourg 1995, Kap. 33

Ordeshook (1986), Kap. 5 und 7

Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist seit der *Theorie der Gerechtigkeit* von John Rawls erneut und umfassend in die Debatte gekommen. Im wesentlichen stehen sich in dieser Diskussion ein utilitaristisches und ein (vom Rawlsschen Differenzprinzip abgeleitetes) Maximin-Prinzip gegenüber. Eine Rekonstruktion dieser Prinzipien unter Benutzung des Instrumentariums der Logik kollektiver Entscheidungen bietet:

Kern/Nida-Rümelin (1994), Kap. 9

Das Differenzprinzip selbst und das utilitaristische Prinzip wird entwickelt in:

John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1975

John C. Harsanyi, Rule Utilitarianism and Decision Theory, in: *Erkenntnis*, Bd. 11, 1977, S. 25-53

Johannes Schmidt, *Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Rationalität*, Freiburg-München: Karl Alber 1991

Zu Fairness-Prinzipien und 'sozialistischer Gerechtigkeit' siehe:

Kern/Nida-Rümelin (1994), Kap. 9

Hal R. Varian, Equity, Envy, and Efficiency, in: *Journal of Economic Theory*, Bd. 9, 1974, S. 63-91

John E. Roemer, Exploitation, Alternatives, and Socialism, in: *Economic Journal*, Bd. 92, 1982, S. 87-107

C. Polity

Zum 'Liberalen Paradox' ist einschlägig:

Kern/Nida-Rümelin (1994), Kap. 11

Amartya K. Sen, *Collective Choice and Social Welfare*, San Francisco und Edinburgh: Holden-Day und Oliver & Boyd 1970, Kap. 6 und 6*

Zusammenstellung: Lucian Kern